



Gerold Reichenbach, MdB

Ausgabe 08/2016

© Corinna van den Brink

Mit klarem Kurs zum Erfolg – eine kurze Analyse der Landtagswahl in Mecklen- burg-Vorpommern

Die SPD hat mit 30,6 Prozent klar die Landtagswahlen im Nordosten der Republik gewonnen. Noch im Juni lag die SPD in Umfragen bei 22 Prozent der Stimmen, drei Punkte hinter der CDU. Am Wahlsonntag wurde die SPD dann wieder stärkste Kraft. „Mit einem klaren Kurs und einem Ministerpräsidenten, der den Menschen zuhört, hat die SPD Erfolg“, lautete am Montag nach der Landtagswahl das Fazit von SPD-Parteichef Sigmar Gabriel.

In absoluten Zahlen habe seine Partei sogar über 4.000 Stimmen hinzugewonnen. Aufgrund der höheren Wahlbeteiligung von 61 Prozent büßte die SPD im Vergleich zur Landtagswahl vor fünf Jahren dennoch fünf Prozentpunkte ein.

Kontakt:

*Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin*

Tel. +49 30 227 72150

Fax: +49 30 227 76156

Mail:

gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:

<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:

Eva Kallweit

V.i.S.d.P.:

Gerold Reichenbach, MdB

Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der Sommerpause war geprägt von der ersten Lesung des Haushaltsentwurfes 2017 – dem Startschuss der parlamentarischen Haushaltsberatungen.

In den Haushaltswochen wird der reguläre Ablauf der Sitzungswochen umgekrempelt. Die Fraktionsgremien tagen bereits am Montag und auch in den Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion bestimmt der Haushaltsentwurf die Agenda.

Am Dienstag hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2017 offiziell eingebracht. Trotz zusätzlicher Ausgaben zur Betreuung von Flüchtlingen und weiterer Investitionen soll der Bund auch im nächsten Jahr auf neue Schulden verzichten.

Im Laufe der Haushaltswoche werden die Einzelpläne der jeweiligen Ministerien dann in zumeist 105-minütigen Debatten beraten. Den Höhepunkt der Haushaltswoche bildet dabei traditionell die vierstündige Generalaussprache zum Etat des Bundeskanzleramtes. Bei dieser sogenannten Elefantenrunde ergreifen neben der Bundeskanzlerin auch die Fraktionsvorsitzenden das Wort.

Nach der Schlussrunde vergangenen Freitag lässt sich sagen: Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung ist ein erster guter Aufschlag, auf dem wir aufbauen können. Wir freuen uns über solide Finanzen, einen ausgeglichenen Haushalt und über Investitionen in wichtige Zukunftsfelder, in Forschung und Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau aber auch in die äußere und innere Sicherheit.

Gut zu haushalten ist eine Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen. Nur mit seriösen Finanzen können wir in Zukunft für eine gestaltende und gerechte Politik sorgen. Ein ausgeglichener Haushalt – die schwarze Null – ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor allem eine Frage der Generationengerechtigkeit, aber kein Selbstzweck.

Gerade mit Blick auf nachfolgende Generationen dürfen wir schließlich Eines nicht vergessen: Vor uns liegt eine Mammutaufgabe, bei der das Scheitern keine Option ist. Wenn wir die vielen Geflüchteten in unserem Land nicht gut integrieren, wird uns das volkswirtschaftlich teuer zu stehen kommen.

Unsere vollste Konzentration muss daher auf Kitas und Schulen, dem Spracherwerb, der Ausbildung von Fachkräften und der Beschäftigung liegen. Jeder Euro, den wir heute in Ausbildung und

Die AfD kam nach vorläufigem amtlichem Endergebnis auf 20,8 Prozent der Stimmen, die CDU auf 19. Als vierte Partei zog DIE LINKE mit 13,2 Prozent in den Schweriner Landtag ein. Diesem werden die Grünen (4,8 Prozent) und die NPD (3 Prozent) künftig nicht mehr angehören. Auch die FDP (3,0 Prozent) hat den Parlamentseinzug erneut verpasst. Das neue Landesparlament besteht somit aus vier Parteien mit insgesamt 71 Abgeordneten. Die SPD erreicht 26 Mandate (-1), die AfD 18, die CDU 16 (-2) und DIE LINKE verfügt über 11 Mandate (-3).

Die Große Koalition verfügt damit weiterhin über eine Mehrheit im Parlament. Alternativ ist auch ein Bündnis aus SPD und Linken möglich. Nun beginnen die Sondierungsgespräche mit beiden möglichen Koalitionspartnern.

Die SPD erhält die größten Wählerzugewinne von ehemaligen Nichtwählern (19.000) und den Grünen (10.000), sowie von nach Mecklenburg-Vorpommern zugezogenen Wählern (+7.000). Im Zuge des Generationswechsels gehen der SPD 17.000 Stimmen verloren, an die AfD gibt sie 15.000 Stimmen ab.

Eine klare Botschaft hatte der alte und neue Ministerpräsident Erwin Sellering an die AfD: „Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern können stolz sein auf das, was sie in den vergangenen 25 Jahren erreicht haben. Und das lassen wir uns von euch nicht kaputt machen.“ Trotzdem werde der Umgang mit der AfD ein anderer sein als der bisherige mit der NPD. Die Rechtspopulisten der AfD müssen inhaltlich „gestellt werden“.

Qualifizierung stecken, wird sich in Zukunft um ein Vielfaches auszahlen.

Bevor der Bundestag am Freitag, den 25. November über das Haushaltsgesetz abstimmen wird, werden wir uns deshalb dafür einsetzen, hier noch weitere Verbesserungen zu erzielen.

CETA – SPD entscheidet demokratisch und transparent

Die SPD hat sich kontinuierlich und auf unterschiedlichsten Ebenen der Partei mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada, kurz „CETA“ befasst. Mit vielen Anträgen auf Parteitage und -konventen und zahlreichen Beschlüssen über die Chancen und Risiken des transatlantischen Freihandels ist die SPD die einzige Partei, die sich ernsthaft mit dem Thema ergebnisoffen auseinandergesetzt hat, also ohne von vornherein Ja oder Nein zu sagen.

Vergangenen Montag hat der SPD Parteivorstand mit großer Mehrheit den Leitantrag zum Freihandelsabkommen CETA „Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln“ beschlossen. CETA sieht vor, dass Zölle und technische Handelshemmnisse weitreichend abgebaut werden und europäische Unternehmen Zugang zu kanadischen Märkten erlangen.

Internationale Kooperationen sind unverzichtbar, wenn wir faire Regeln für den globalen Handel, einen gerechten Welthandel und mehr Wohlstand für alle durchsetzen wollen. Nur gemeinsam mit der politischen und wirtschaftlichen Kraft der Europäischen Union können wir unsere Vorstellungen, Werte und Standards gegenüber anderen Regionen der Welt behaupten.

Im Rahmen der Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung konnten bereits wichtige Fortschritte erreicht werden: Der Schutz von Arbeitnehmerrechten, der öffentlichen Daseinsvorsorge und Umweltstandards wurden im Vertragstext verankert. Auf sozialdemokratische Initiative hin ist es zudem gelungen beim Investorenschutz erstmals überhaupt einen öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof zu etablieren. Unsere berechtigte Hoffnung ist, dass dieses verbesserte System eine Signalwirkung entfaltet und in weitere Freihandelsabkommen übernommen wird.

Ebenfalls auf sozialdemokratischen Druck hin hat die EU-Kommission CETA als gemischtes Abkommen eingestuft. Damit müssen alle nationalen Parlamente zustimmen. Die Entscheidungshoheit der Parlamente bleibt also in vollem Umfang gesichert.

Trotz dieser maßgeblichen Verbesserungen sehen wir Sozialdemokraten bei CETA weiterhin offene Fragen, die wir gemeinsam mit den Gewerkschaften erörtert haben. Diese müssen im parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess aufgegriffen und geklärt werden.

Dazu gehören unter anderem die absolute Sicherung aller Bereiche der Daseinsvorsorge, der Schutz der hinreichenden Gestaltungsmöglichkeiten für kommunale Körperschaften, die Sicherung der Unabhängigkeit der Richter beim Investitionsgerichtshof sowie klare und eindeutige Formulierungen für materielle Rechtsstandards. Der Negativ-

Gerold Reichenbach erhält ein "sehr gut" in Sachen Bürgererreichbarkeit und Transparenz

Gerold Reichenbach gehört zu den 19 Bundestagsabgeordneten aus Hessen, die von abgeordnetenwatch.de mit der Note „sehr gut“ für das Jahr 2016 ausgezeichnet werden.

Die Website gibt Bürgern die Möglichkeit öffentlich Fragen an die Bundestagsabgeordneten zu stellen, die diese dann für jeden einsehbar auf der Plattform beantworten können.

Reichenbach beantwortete 100 % der eingegangenen Fragen und zählt damit zur Spitzengruppe in seinem Bundesland.

„Gute Bürgererreichbarkeit und Transparenz gehören für mich zu den Eckpfeilern meiner politischen Arbeit“ so Reichenbach.

Die Bewertungen im Detail

Zivilschutzkonzept: Kein Grund zur Panik

Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Gerold Reichenbach, zuständiger Berichterstatter:

Das Bundeskabinett hat heute die vom Bundesinnenminister vorgelegte Konzeption Zivile Verteidigung (KZV) verabschiedet und den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe angepasst. Das alte Konzept war von 1995 und damit nicht mehr zeitgemäß. Damit wird ein Diskurs in Gesellschaft und Politik eingeleitet, um die Notfallvorsorge noch besser auszurichten, das Risiko möglicher Gefahren zu minimieren und den Bevölkerungsschutz im Bedarfsfall zu optimieren. „Es gibt keinen Anlass für Panik und Hamsterkäufe. Es ist

listenansatz im Dienstleistungsbereich darf keinesfalls zu unkontrollierten Liberalisierungen führen. Nicht zuletzt messen wir der Einführung von Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Arbeitsnormen oder Sozial- und Umweltstandards eine große Bedeutung zu.

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass diese offenen Fragen im weiteren Prozess erörtert und geklärt werden. Um einen weiteren Prozess der Nachbesserung einzuleiten, werden wir die genannten Punkte im Ministerrat einbringen und notwendige Klarstellungen einfordern. Über den Leitantrag des SPD-Parteivorstandes werden die Delegierten am 19. September abstimmen.

Ausblick – Schwerpunkte der SPD-Bundestagsfraktion im Herbst 2016

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich vergangene Woche zu einer Klausursitzung getroffen, in der wir uns über den Fahrplan der nächsten Monate verständigt haben – denn man darf im Lichte der Landtagswahlen nicht vergessen, dass im Bund erst in einem Jahr gewählt wird und wir bis dahin noch eine Menge auf den Weg bringen können und wollen! Wir wollen noch eine Menge wichtiger Vorhaben umsetzen, die nächste Zeit muss sehr gut genutzt werden. Dazu gehören insbesondere:

- **Ausreichend bezahlbarer Wohnraum:** Mit Mietpreisbremse und Besteller Prinzip im Maklerrecht haben wir einen Anfang gemacht. Bei der Mietpreisbremse wollen wir den Schutz der Mieter nun noch verbessern, indem wir den Vermieter verpflichten, die bisherige Höhe der Miete offenzulegen. Die Pläne von Bundesjustizminister Heiko Maas für ein sozialeres Mietrecht unterstützen wir ebenso wie den Vorschlag, dass sich der Bund ab 2019 direkt am sozialen Wohnungsbau beteiligt.
- **Stärkere Unterstützung Alleinerziehender:** Wir wollen den Unterhaltsvorschuss ausweiten. Bisher bekommen Alleinerziehende, bei denen der ehemalige Partner keinen Unterhalt zahlt, Unterstützung vom Staat – allerdings nur bis das Kind 12 Jahre alt ist und insgesamt für maximal 6 Jahre. Infolgedessen bekommt aktuell fast die Hälfte aller Alleinerziehenden gar keinen Unterhalt. Das wollen wir ändern, denn diese Gruppe ist ohnehin armutsgefährdet.
- **Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum:** Öffentliche Sicherheit ist eine grundlegende Staatsaufgabe, die Bund und Länder gleichermaßen mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein erfüllen müssen. Deshalb wollen wir die Polizei personell und technisch besser ausstatten. Nur so ist sie auch in der Lage, an Orten mit hoher Kriminalität wirklich ausreichend präsent zu sein.
- **Eine paritätische Finanzierung der Krankenkassen:** Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sollen künftig wieder je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden.

Und außerdem gehen wir in den kommenden Monaten an:

- Die **Regulierung von Werkverträgen und Leiharbeit**

absolut richtig und wichtig, das Konzept für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu überarbeiten. Staat und Zivilgesellschaft müssen angemessen auf Naturkatastrophen wie Sturm und Hochwasser oder auch auf Terrorangriffe reagieren.

Dafür brauchen wir ein Konzept. Die Folgen des Klimawandels, Terrorismus und die Gefahren, die von Cyberattacken ausgehen können, sowie die zunehmende Abhängigkeit von Stromversorgung und anderen kritischen Infrastrukturen bringen veränderte Anforderungen mit sich. Darauf reagiert das geänderte Zivilschutzkonzept.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sind wichtige Bestandteile staatlicher Notfallvorsorge. Dazu gehören klare Abstimmungsprozesse und Zuständigkeiten zwischen den beteiligten Organen, Behörden und der Zivilbevölkerung.

Auch die Bundeswehr leistet in Notfällen Unterstützung. Die bestehenden Zuständigkeiten nach dem Grundgesetz bieten eine gute und ausreichende Grundlage. Eine neue Debatte über den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist nicht erforderlich.

Wir begrüßen deshalb die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Optimierung bestehender Abläufe und zur Stärkung bestehender Institutionen wie dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das bereits heute hervorragend arbeitet."

und ein **Lohngerechtigkeitsgesetz**, das helfen soll, die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern zu beenden.

- **Bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen** durch ein Bundesteilhabegesetz, das die UN-Behindertenkonvention weiter umsetzt. Im Herbst soll das Gesetz in den Bundestag eingebracht werden.
- **Verbesserungen bei der Rente:** Gleiche Renten in Ost- und Westdeutschland, die Umsetzung einer solidarischen Lebensleistungsrente und die Verbesserung der betrieblichen Altersvorsorge.
- Einen weiteren Schritt bei der **Pflegereform**, die **Umsetzung des Integrationsgesetzes**, eine höhere und **umfassendere Erbschaftssteuer**, konkrete Maßnahmen, um die **Klimaschutzziele 2050** zu erreichen und die sichere **Entsorgung von Atommüll**.

Dies in Kürze – Ausführlicheres zu den Beschlüssen der Fraktionsklausur und zum Arbeitsprogramm gibt es [hier](#) und [hier](#) zu lesen!

34 Jahre Deutsch-Amerikanischer Jugendaustausch - Parlamentarisches Patenschafts-Programm

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten - diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP). In diesem Jugendaustausch-Programm des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses konnten seit 1983 bereits fast 25.000 junge Leute gefördert werden, davon 20 Prozent junge Berufstätige. Bundestagsabgeordnete übernehmen während des Jahres die Patenschaft für die Jugendlichen.

Der Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach möchte geeignete Bewerber auf diese Möglichkeit aufmerksam machen und sie ermutigen, sich zu bewerben. Auch 2017 bietet das PPP, dann zum 34. Mal, neben Schülern auch jungen Berufstätigen wieder die Chance, amerikanisches Familien-, College- und Arbeitsleben aus erster Hand kennen zu lernen. Besonders angesprochen sind junge Berufstätige / Auszubildende (z.B. gew./techn. Berufe, Handwerker, Kaufleute und Landwirte/Winzer), die zum Zeitpunkt der Ausreise (August 2017) eine anerkannte, abgeschlossene Berufsausbildung haben und nach dem 31.07.1992 geboren sind. Die Absolvierung eines Freiwilligen Sozialen Jahres bzw. Freiwilligen Ökologischen Jahres sowie die Dauer des Wehr- oder Zivildienst wird begünstigend auf das Alter angerechnet.

Bewerbungsunterlagen können von Mitte Mai bis zum 16. September 2016 bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) online unter www.giz.de/usappp angefordert werden. Nähere Informationen zum Programm bitte bei der GIZ in Bonn (ausschließlich junge Berufstätige) anfordern, unter: Telefon: 0228-4460-1339 oder -1172, Fax: 0228 4460 -1222, E-Mail: usappp@giz.de

Zusätzliche Informationen zum Berufstätigen-PPP finden Sie auch über die Internetadresse: www.giz.de/usappp oder www.bundestag.de/ppp.